Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 62 (1983)
Heft: 5

Artikel: Wer macht die Erdölpreise?
Autor: Kriescher, Wilhelm
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-339994

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

von 1973 bis 1979 die Arbeitszeit gesenkt worden wäre, hätten die Deutschen heute über eine halbe Million mehr Arbeitslose. Und wird die Arbeitszeit weiterhin nur im gleichen Tempo gesenkt wie im vergangenen Jahrzehnt (zwei Drittel Prozent jährlich), so ist im Jahre 1985 mit 1,5 Millionen mehr Arbeitslosen zu rechnen als bei einer jährlichen Verkürzung um zwei Prozent, was etwa knapp eine Wochenstunde jährlich ausmacht. Oder anders gesagt: Würden alle Bundesbürger eine Stunde in der Woche weniger arbeiten, könnten bei einem Wirkungsgrad von 50 Prozent 300 000 neue Leute beschäftigt werden. Die 35-Stundenwoche könnte also längst verwirklicht werden!

Die Schweizer Arbeitnehmer arbeiten jetzt schon umgerechnet einen ganzen Monat länger als ihre deutschen Kollegen und auch viel länger als die Amerikaner. Eine der wichtigsten Strategien wäre auch *wenigstens die Teilzeitarbeit für diejenigen zu ermöglichen, die das wünschen* und dafür weniger sinnlose Produkte kaufen möchten. Nur durch eine Arbeitszeitstrategie kann man das grosse Paradox lösen, dass immer mehr Leute arbeitslos werden und die andern sich dafür halb zu Tode arbeiten müssen. *Durch Umverteilung der Arbeit können Milliardengeldbeträge in Form von Arbeitslosengeldern eingespart werden, ebenso, wie durch Vermeidung der Umweltzerstörung Milliarden eingespart werden können,* die sonst in Form von Umweltschäden anfallen. Es könnten Gesundheitsschäden infolge körperlicher und psychischer Krankheiten sowie als Folge von Unfällen wiederum in Milliardenbeträgen eingespart werden, wenn man die Arbeitsbedingungen humaner machen und den Stress am Arbeitsplatz drastisch reduzieren würde, die Autofahrgeschwindigkeiten heruntersetzen und Fussgängerzonen und Velowege schaffen würde. Warum versuchen die etablierten Politiker nicht auf diese Weise, die Staatsverschuldung zu reduzieren? Man könnte weitere Leerläufe und Verluste infolge Werbung, Verpackung und künstlicher Veralterung der Produkte vermeiden! Es müsste versucht werden, die Produkte zu verbessern, mehr Arbeit in sie hineinzustecken, sie feiner auszuarbeiten, ihre Lebensdauer zur erhöhen und sie wieder reparaturfähig zu machen. Damit würde die ganze Materialschlacht reduziert. Die Leute könnten Geld in grossem Ausmass einsparen und ihr bestehendes Einkommen für sinnvollere Sachen verwenden. Die *sinnlose Vergeudung der menschlichen Arbeitskraft würde gestoppt.* Der Mensch könnte sich wieder andern Tätigkeiten zuwenden:

Kindererziehung durch beide Eltern, nicht immer nur durch die Mutter. Sinnvollere Freizeitgestaltung. Man hätte endlich Zeit, darüber nachzudenken, was man mit der Zeit machen will, statt die ganze Freizeit mit Frustrationskonsum totzuschlagen. Lehrlinge könnten länger und besser ausgebildet werden, nicht nur in den Berufsfächern, sondern auch in andern Dingen, die es zum Leben braucht und die schön sind.

Nur auf diese Weise können die krassen Bildungsunterschiede abgebaut werden. Nicht nur die Politiker, alle sind aufgerufen, über die grundsätzlichen Entwicklungsrichtungen unserer Gesellschaft nachzudenken, darüber öffentlich zu diskutieren und eine sinnvolle Strategie auszuarbeiten. Noch nie hatte die Menschheit diese technischen Möglichkeiten! Welche Welt wir morgen haben wollen, darf nicht mehr ausschliesslich in den Konzernleitungen entschieden werden.

Wer macht die Erdölpreise?

Von Wilhelm Kriescher

Seit den beiden Erdölpreisschocks von 1973 / 74 und 1979 / 80, die den Ausbruch von Rezession und Weltwirtschaftskrise (mehr als 32 Millionen Arbeitslose im OECD-Raum) beschleunigten und verschärften, ist der Ölpreis zu einem Faktor des internationalen Finanzsystems geworden. Die Preisausschläge auf dem Ölmarkt beeinflussen direkt oder indirekt Handelsbilanzen, Wechselkurse, Inflations- und Zinsraten, also die Weltkonjunktur mit ihrem gefährlichen Problem der internationalen Verschuldung. Die kapitalistische Weltwirtschaft (Industrie- und Entwicklungsländer) ist heute in einem gigantischen Schuldennetz gefangen, dessen Ausmass (unter Einbezug der COMECON-Verschuldung) schätzungsweise 850 Milliarden Dollar beträgt. In die Finanzierung dieses Schuldenbergs, Folge und zugleich teilweise Ursache der anhaltend hohen Ölpreise, floss über die internatio-

nalen Grossbanken ein Teil jener Petrodollars ein, die dank der Preisexplosion in den letzten Jahren im Ölsektor in solch märchenhafter Menge zu «verdienen» waren.

Nutzniesser der Ölpreisinflation

An diesem wahrlich einmaligen Recycling haben sowohl die Grossbanken als auch die multinationalen Unternehmungen — man denke an die Waffenlieferungen, aber auch an die ausserordentlichen Bestellungen und Aufträge der Opec-Länder für Bauvorhaben, Betriebseinrichtungen, Investitionsgüter, Dienstleistungen — ihre Petrolrente verdient. Kein Wunder, dass der Markt, d. h. das Big Business, den inflationsanheizenden Ölpreisen keinen Widerstand entgegensetzte. Im Laufe der Jahre hatte sich eben ein dichtes Netz von Handels- und Finanzinteressen zwischen den westlichen Industriestaaten und gewissen Opec-Ländern herausgebildet, das sogar imstande war, die bestimmende Tätigkeit der sieben grossen Ölgesellschaften diskret abzuschirmen.

Jetzt fühlen die Nutzniesser der Ölpreisinflation, dass dieses Interessennetz bedroht ist: die von den 13 Mitgliedern der Opec an ihrer Londoner Konferenz beschlossene Preissenkung um 5 Dollar pro Barrel (159 Liter) auf nun 29 Dollar muss nicht nur den Dollarrückfluss aus dem arabischen Raum vollends versiegen lassen und damit die Liquidität der Grossbanken beeinträchtigen, sondern mehr noch viele ölexportierende Schuldnerländer wie zum Beispiel Mexiko (Auslandverschuldung 85 Milliarden Dollar), Venezuela (28,6 Milliarden) oder Nigeria (9,3 Milliarden) zu einer drastischen Reduktion ihrer Importe aus den westlichen Industrieländern und darüber hinaus zu neuen Kreditaufnahmen bei den alten Gläubigern zwingen. Ein weiterer brutaler Preiszerfall auf dem Ölmarkt aber würde den Bankrott bedeuten. Die Schuldenbombe tickt vernehmlich, ein Kollaps des internationalen Finanzsystems müsste die kapitalistische Weltwirtschaft in ihren Grundfesten erschüttern.

Im Teufelskreis der Deflationspalette

Die Situation ist tatsächlich sehr ernst: Trotz mehrfacher Zinssenkungsrunden ist der langersehnte, herbeigebetete grosse Aufschwung noch immer nicht eingetreten. Die kapitalistische Wirtschaft fröstelt weiter im Klima der Deflation.

Und wenn sich die Wirtschaft tatsächlich beleben sollte, wird sie die Massenarbeitslosigkeit, die sich auf hohem Sockel befindet und schon seit den frühen 70-er Jahren zunehmende Tendenz aufweist, beseitigen können? Das allein aber zählt für den Mann auf der Strasse, den Lohnabhängigen, der nicht armengenössig werden will. Indessen, «es gibt keinen Weg heraus aus der Mühle der Beschäftigungslosigkeit (Unemployment Crunch)», lehrt Professor James O'Toole von der Southern California University[2].

Die gegenwärtige internationale Überproduktions- und Absatzkrise ist vielschichtiger und von grösserer Dimension, als auf den ersten Blick zu vermuten ist. Verbindet sich doch in ihr das klassische Marktproblem des Kapitalismus mit einer (durch die Tätigkeit der multinationalen Firmen bewirkten) Strukturkrise des internationalen Handels und, komplizierend, mit dem angelaufenen Prozess der wissenschaftlich-technischen Revolution (Elektronik / Roboter). Probleme von solch gewaltigem Ausmass glaubt man mittels einiger Abwärtsdrehungen an der Zinsschraube lösen zu können. Wer glaubt das wohl? Indessen geht es ohne Zinssenkung schon gar nicht.

Die Zinssätze in den USA sind immer noch sehr hoch (mehr als 17% für Kleinkredite), was die unsichere Wirtschaftslage reflektiert. Mehr als 53 000 Firmen gingen letztes Jahr in den USA bankrott, wie Weltbank-Präsident A.W. Clausen erklärte. Hinzu kommen die Ängste vor einem Wiederanspringen der Inflation, enorme Budget- und Handelsbilanzdefizite, was bei einem weiteren kräftigen Zinsrückgang die amerikanische Devise sofort schwächen müsste. Die hohen Zinssätze auf dem Dollar verschärfen aber anderseits, wie schon ausgeführt, die drückende Lage der Schuldnerstaaten und gefährden das internationale Finanzsystem. So drehte und dreht man sich im Teufelskreis, aus dem eben der erzwungene Preisdruck auf die Ölfaktura über eine Entlastung der Handelsbilanzen (der öllosen Entwicklungsländer und der Industriestaaten) heraushelfen soll.

Die siebenköpfige Hydra

Die Welt reibt sich die Augen und fordert eine Erklärung für die Krise, das wirtschaftliche Ungemach und den sozialen Zerfall, in den sie Monetarismus und Angebotsphilosophie gestossen haben. So wird denn immer wieder auf die Erdöl-

schocks verwiesen und auf die Ölscheichs, diese «Emporkömmlinge», die sich in den glorreichen Jahren 1979 - 1981 ganz exzessiv und schamlos bereichert hätten.

Solche Thesen ziehen immer, besonders dann, wenn die abgedroschenen Formeln von «der Begehrlichkeit der Gewerkschaft», der «Anspruchsinflation», dem bösen «Staatsinterventionismus» und «über die Verhältnisse leben» als Krisenerklärung nicht mehr ausreichen.

Wer bestimmt nun die Preisstrategie auf dem Weltmarkt? Hat wirklich die OPEC an ihrer Londonder Konferenz die Ölpreissenkung ganz souverän beschlossen?

Die Antwort auf diese gewiss nicht unwichtigen Fragen finden wir bei einem auf die Ölwirtschaft spezialisierten Ökonomen, J.-M. Chevalier: «Das Niveau des Weltpreises ist immer — in der Tendenz — auf der Linie der Interessen der internationalen Gesellschaften gewesen.»[3]. Und nach William Brown, Direktor für Energiestudien am amerikanischen Hudson Institute, hat die Opec in Wirklichkeit selbst niemals die Produktion oder die Preise beeinflusst. Das tat nach Meinung von William Brown der «Markt»...

Vielleicht ist es aber jene «unsichtbare Hand» (Le Monde) des anderen, des wirklichen Ölkartells, das seit seiner Gründung 1928 in monopolistischer Unumschränktheit den Ölpreis bestimmt hat. Wir meinen das Weltkartell der sieben internationalen Ölgesellschaften (Exxon, Mobil, BP usw.), genannt die 7 unheimlichen Schwestern, das seine Macht schon mehrfach demonstriert hat.[4]

Es ist wirklich bemerkenswert, dass diese im Ölkartell zusammengeballte Macht so ganz im Hintergrund agieren kann. Dabei bilden doch die Ölgesellschaften, die mit Abstand mächtigste Industrie der Welt, das klassische Modell eines Kartells. Das weiss natürlich auch Scheich Achmed Yamani, Ölminister von Saudiarabien, und er respektiert die Spielregeln. Bevor er also am 22. Januar die vorletzte OPEC-Konferenz in Genf zum Scheitern brachte, speiste er in London und Genf mit den Direktoren der British Petroleum und der Shell und den Präsidenten der Standard Oil of California, der Exxon, Mobil und Texaco.

Thema der Unterhaltung? Die Ölgewaltigen eröffneten Yamani kurz und bündig, dass sie inskünftig für sein Rohöl weniger zahlen würden, weil sie ihre eigenen raffirierten Produkte billiger verkaufen wollten.

Und weiter? Am besagten 22. Januar kam Yamani mit dem Vorschlag heraus, Nigeria und andere afrikanische Produzenten sollten ihre Ölpreise erhöhen, was einen klaren Marktvorteil für die britische Konkurrenz, das Nordseeöl, das von Shell und BP vertrieben wird, bedeutet hätte.

So zeigen sich die latenten und offenen Konflikte der Opec selbst, deren Macht seit Jahren abnimmt. Diese Konflikte widerspiegeln die besondere ökonomische Lage der Mitgliederländer, die heute unter dem zermürbenden Druck der Weltwirtschaftskrise um die Sicherung ihrer matriellen Existenz kämpfen. Die kürzliche Ausweisung von zwei Millionen afrikanischer Arbeiter aus Nigeria hat auf brutale Art gezeigt, zu welch dramatischen Lösungen die Probleme auch in anderen Ländern verleiten können.

Die Stellung der Opec ist sehr geschwächt, das Kartell hält heute einen Marktanteil von ungefähr einem Drittel, verglichen mit rund 54% im Jahre 1973. Die Ölländer scheinen ihre Stellung als handelnde Wirtschaftssubjekte eingebüsst zu haben. Die Zwänge des Systems, an das sie mit tausend goldenen Fesseln gebunden sind, fordern den Tribut.

Die wahre Wirtschafts- und Finanzmacht liegt ungebrochen in jenen Zentren, die nach wie vor die westliche Industriewelt dominieren: die Vereinigten Staaten, die EG mit der Bundesrepublik an der Spitze und Japan. Statt dauernd vom Ölpreis sollte man lieber vom Dollar reden.

Er ist der Schlüssel zum Verständnis der spätkapitalistischen Wirtschaftsbeziehungen.

Der Dollar wird auch den kommenden Wirtschaftsgipfel in Williamsburg beherrschen.[5]

Anmerkungen

[1] Vg. Wilhelm Kriescher: «Lausige Aussichten», Bau und Holz, 14. Oktober 1982, Nr. 21.
Wilhelm Kriescher: «Die Weltwirtschaftskrise und ihr Schuldenberg», Helvetische Typographia, 6. Oktober 1982, Nr. 41.

[2] «A Conversation with James O'Toole», U.S. News World Report 1983.

[3] «Les Grands Acteurs de la scène énergétique mondiale», La Documentation française, Paris 1982.

[4] In diesem Zusammenhang sei an die mehrfachen Attentate und das Komplott gegen Enrico Mattei, Präsident der staatlichen italienischen Ölgesellschaft ENI, und gegen den Präsidenten der USA, John F. Kennedy, erinnert. Ernstzunehmende Persönlichkeiten behaupteten seinerzeit in der französischen Presse, Hauptanstifter dieser Verschwörung sei ein gewisser Lafayette Hunt, mehrfacher Ölmillionär in Dallas, Vater der Brüder Hunt, die 1980 durch waghalsige Silberspekulationen einen Kurssturz des Edelmetalls um neunzig Prozent auslösten, gewesen.

[5] Wilhelm Kriescher: «Von der Weltwährungs- zur Weltwirtschaftskrise», AZ-Volksrecht Juli 1972.